

Gemeinsamer Fraktionsantrag		Vorlage-Nr: 17/047
Federführend: SPD-Fraktion	Status: Datum: Verfasser/in:	öffentlich 03.02.2017 SPD-Fraktion
Auf Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen / Bündnis 90: Extremismusprävention und Demokratieförderung		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.03.2017	Ausschuss für Soziales, Jugend und Integration	Vorberatung
27.03.2017	Verwaltungsausschuss	Vorberatung
03.04.2017	Rat der Stadt Hildesheim	Entscheidung

Sachverhalt:

Hildesheim stand in den vergangenen Monaten immer wieder bundesweit in der Öffentlichkeit, da sich im Umfeld der Moschee des „Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e.V.“ (DIK) vermehrt Muslime radikalisiert und zur Teilnahme am Dschihad in Kampfgebieten motiviert worden sind. Die Region Hildesheim gilt mittlerweile als ein Schwerpunkt radikal-islamischer Szene in Deutschland.

Zahlreiche staatliche und engagierte zivilgesellschaftliche Akteure, Organisationen, Initiativen, Vereine, religiöse Einrichtungen aller Glaubensrichtungen in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Sie stehen der Herausforderung gegenüber, Radikalismus entgegen zu wirken und eine zunehmende Polarisierung sowohl in muslimischen aber auch in antimuslimischen Kreisen zu erkennen. Die Prävention von Radikalisierung insbesondere von jungen Menschen, die Sensibilisierung, der pädagogische Umgang mit antimuslimischen und radikalem Extremismus sowie die Entwicklung von extremistischen Gegenentwürfen erhalten einen immer größeren Stellenwert. Präventionsarbeit muss Erfahrungen von Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung ernst nehmen und ihnen im pädagogischen und auch im gesellschaftlichen Diskurs ausreichend Raum einräumen, um Radikalisierungstendenzen vorzubeugen.

Auch in Hildesheim existiert bereits eine Vielzahl von Institutionen, welche sich auf dem Gebiet engagieren. Das gesamte Engagement ist noch nicht gemeinschaftlich organisiert und stößt daher schnell an Grenzen, denn es fehlt eine Vernetzung der Initiativen untereinander. Weder im Landkreis noch in der Stadt existiert bisher eine benötigte Anlauf- und Vernetzungsstelle. Auch einen übergeordneten, regionalen Ansprechpartner gibt es noch nicht.

Reagiert hat die Stadt Wolfsburg, welche ähnlich wie Hildesheim zu den Problemstädten des religiös begründeten Extremismus zählt. Dort ist eine Koordinierungsstelle unter dem Begriff „Dialogstelle Jugendschutz“ eingerichtet worden. Die Stelle bietet u. a. Vernetzung, Prävention und Dialog mit allen beteiligten Menschen und Institutionen an.

Die Anlauf- und Vernetzungsstelle soll zum Ziel haben, Formen von Extremismus zu verhindern und das Engagement vor Ort zu koordinieren. Die Koordinationsarbeit sollte nachfolgende Elemente enthalten:

1) Vernetzung im Sozialraum: Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure müssen gestärkt werden, Kooperationen einzugehen und sich im Sozialraum zu vernetzen. Angebote von Stadtteilarbeit, Jugendarbeit, Familienzentren, Präventionsrat sowie ehrenamtlichem Engagement müssen inhaltlich mehr aufeinander abgestimmt werden. Die Förderung von

Stadtteil- bzw. Gemeinwesenarbeit in der Fläche muss Grundlage der konzeptionellen Ausrichtung sein.

2) Beratung von Multiplikatoren: Insbesondere Schulen und Jugendzentren müssen unterstützt werden im pädagogischen Umgang mit radikal-islamischen und antimuslimischem Rassismus von Jugendlichen. Es ist wichtig, vor Ort eine Anlaufstelle für Multiplikatoren einzurichten, die dringende Fragen beantworten und Beratung und Unterstützung in der fallbezogenen Arbeit bieten kann.

3) Fortbildung: Pädagogischen Fachkräften und Interessierten muss ein Überblick über Ausprägungen und Handlungsempfehlungen zur Thematisierung des Extremismus in der Präventionsarbeit gegeben werden, nicht zuletzt um einer ideologisierenden Instrumentalisierung durch radikale Prediger zuvorkommen zu können.

4) Kampagnenarbeit: Um Betroffene und ihr Umfeld zu erreichen, ist eine verstärkte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit für junge Menschen und Betroffene notwendig.

Ein mögliches Bundesprogramm könnte "Demokratie leben!" sein, welches Projekte fördert, die sich im Bereich der Demokratieförderung und Extremismus-Prävention engagieren.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, Drittmittel für eine Anlauf- und Vernetzungsstelle für Extremismus-Prävention mit einem festen Ansprechpartner in Hildesheim zu akquirieren. Die Verwaltung soll Gespräche mit dem Landkreis aufnehmen, um zu prüfen, ob eine solche Stelle gemeinsam für Stadt und Landkreis Hildesheim eingerichtet werden kann.
2. Das Vorhaben soll strukturell angelegt werden und die oben genannten vier Elemente enthalten.
3. Ein/e VertreterIn der "Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung in Niedersachsen (beRATen e. V.)" soll in den zuständigen Fachausschuss eingeladen werden, damit Wege und Möglichkeiten zur Einrichtung einer Anlauf- und Vernetzungsstelle vorgestellt und beraten werden können.

Anlage/n:

Keine